Mehr PR-Gag als Wirklichkeit

Die jüngste internationale OECD-Vergleichsstudie zur Bildung weltweit offenbart die Defizite im deutchen System

Schon das zehnjährige Jubiläum des Bildungsgipfels der vollmundig gepriesenen „Bildungsrepublik Deutschland“ wurde von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Oppositionsparteien im Gegensatz zu den damaligen und heutigen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD nicht eben gefeiert. Abgesehen von der erreichten Erhöhung der Studierendenzahlen wurde fast keines der schon damals nicht gerade anspruchsvollen Ziele erreicht: Die Halbierung der Anzahl der Schüler_innen ohne Abschluss auf 4 Prozent, die Halbierung der Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss auf 8,5 Prozent, der Krippenausbau auf 35 Prozent und die Erhöhung der Bildungs- und Forschungsausgaben auf 10 Prozent des BIP sind weit verfehlt worden.

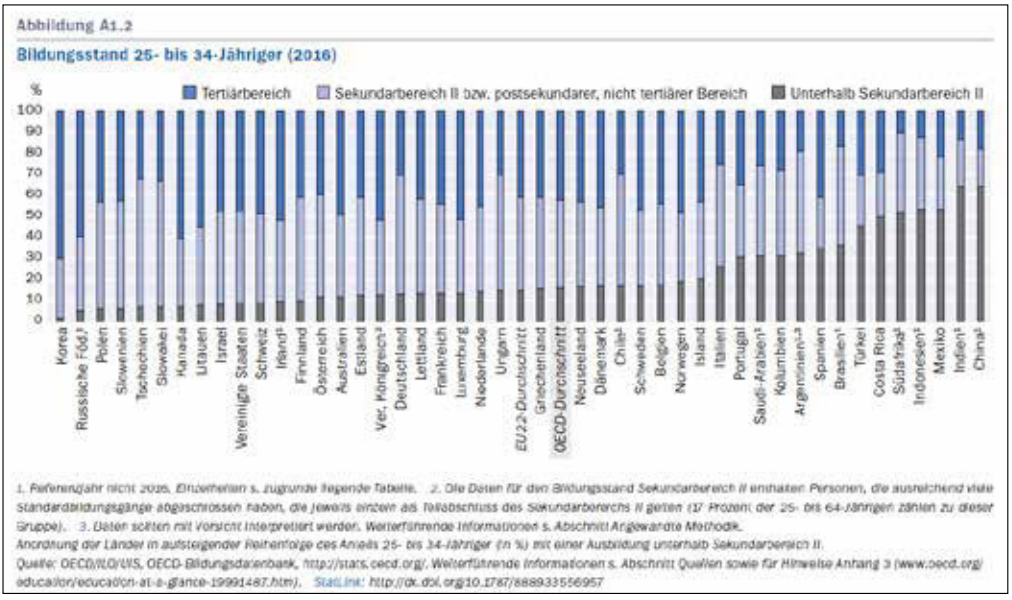
Dennoch werden Bundesregierung und Kultusministerkonferenz nicht müde, auch die Vorstellung der neuen OECD - Studie „Bildung auf einen Blick“[1] als Bestätigung ihrer Erfolgsbilanz in Sachen Bildung zu nehmen. Was ist dran an dieser Bilanz?

Licht und Schatten fallen auf das Bildungssystem der Bundesrepublik, wenn man die OECD-Studie genauer betrachtet.

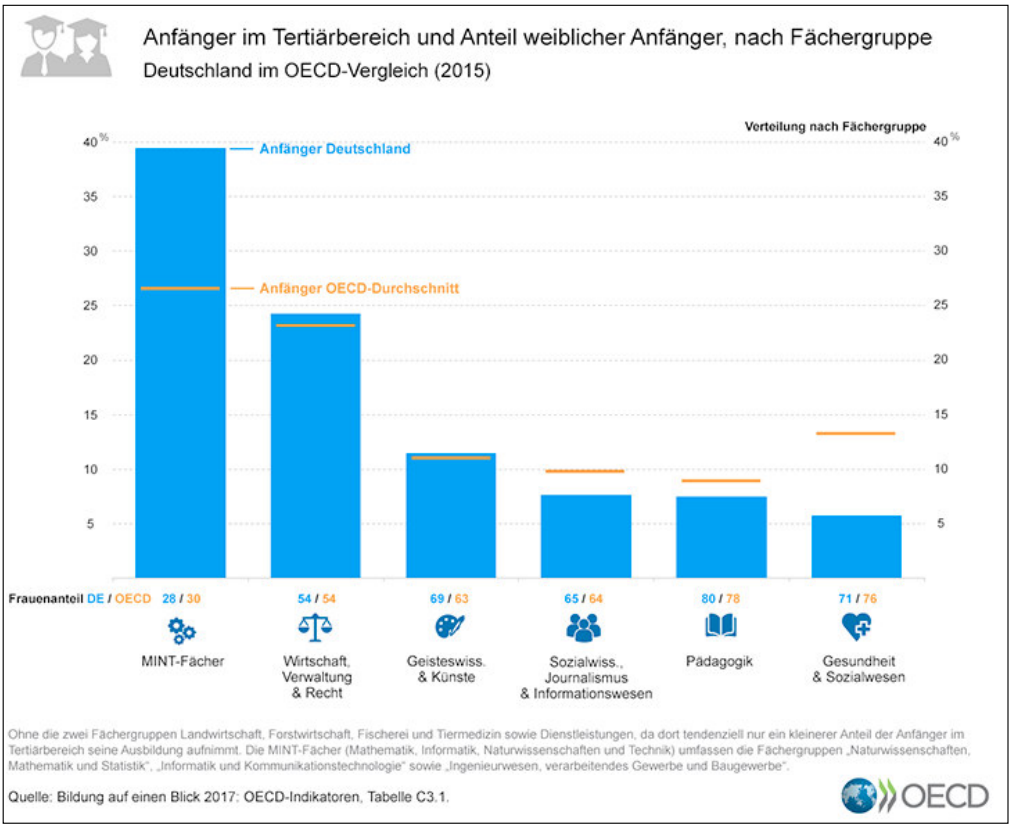
Herausstechendes Merkmal im OECD-Überblick von 35 Ländern ist, dass der Trend zu mehr und höherer Bildung international ungebrochen ist. Die Bildungsbeteiligung und die Teilnahme an höheren Bildungsgängen nimmt weltweit zu. Von der Betreuung von 2-Jährigen in Kinderkrippen über die Grundschulen und weiterführenden Schulen bis zur beruflichen Bildung und den Universitäten nimmt die Beteiligung an öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen zu. Das gilt auch für Deutschland.

Allerdings sind – abgesehen von der Zeit der allgemeinen Schulpflicht, die in allen OECD-Staaten mindestens zwischen 6 und 14 Jahren besteht und dem 5. Lebensjahr in vorschulischen Einrichtungen, wo OECD-weit mindestens 95 Prozent aller Kinder von Bildungsmaßnahmen erreicht werden – die Unterschiede zwischen den Ländern erheblich: Während in Island, Dänemark und Norwegen mehr als 90 Prozent der 2 Jährigen in Bildungseinrichtungen betreut werden, liegt dieser Wert in zahlreichen anderen Staaten bei unter 10 Prozent. Deutschland hat hier das selbstgesetzte Ziel von 35 Prozent verfehlt, im Westen liegt diese Quote deutlich unter 30 Prozent.

[1] www.oecd.org/berlin/publikationen/bildung-auf-einen-blick.htm



1. Referenzjahr nicht 2016. Einzelheiten s. zugrunde liegende Tabelle. 2. Die Daten für den Bildungsstand Sekundarbereich II enthalten Personen, die ausreichend viele Standardbildungsgänge abgeschlossen haben, die jeweils einzeln als Teilabschluss des Sekundarbereichs II gelten (17 Prozent der 25- bis 64-Jährigen zählen zu dieser Gruppe). 3. Daten sollten mit Vorsicht interpretiert werden. Weiterführende Informationen s. Abschnitt Angewandte Methodik.
Anordnung der Länder in aufsteigender Reihenfolge des Anteils 25- bis 34-Jähriger (in %) mit einer Ausbildung unterhalb Sekundarbereich II.
Quelle: OECD/ILO/UIS, OECD-Bildungsdatenbank, http://stats.oecd.org/. Weiterführende Informationen s. Abschnitt Quellen sowie für Hinweise Anhang 3 (www.oecd.org/education/education-at-a-glance-19991487.htm). StatLink: http://dx.doi.org/10.1787/888933556957



Je älter die Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden, desto mehr nimmt die Bildungsbeteiligung ab. Bei den 18 Jährigen gibt es nur noch wenige Länder, die eine Beteiligungsquote von über 90 Prozent haben (u.a. Schweden, Finnland, Polen, Slowenien), bei den 20 Jährigen sinkt die Bildungsbeteiligung im Durchschnitt der OECD Länder auf 55 Prozent – bei erheblichen Unterschieden zwischen den Ländern.

Die Zahl der Studienanfänger_innen und der Abschlüsse an Hochschulen hat seit 2005 in der OECD massiv zugenommen. Obwohl auch in Deutschland der Ausbau der Hochschulen, die Ausweitung der Zahl der Studienanfänger_innen und der Abschlüsse an den Hochschulen in diesem Zeitraum massiv gestiegen ist, konnte der Abstand, der seit langem zum OECD-Durchschnitt besteht, nicht verringert werden. Während der Anteil der 25-34 Jährigen mit Hochschulabschluss von (2005) 22 Prozent auf (2016) 31 Prozent gesteigert wurde, liegt er gegenüber dem OECD-Durchschnitt noch immer weit zurück (2016: 43 Prozent).

Nur Italien hat innerhalb Europas eine noch geringere Abschlussquote als Deutschland.

Die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) erfreuen sich insbesondere in Deutschland zunehmender Beliebtheit bei den Studienanfänger_innen.

Fast 40 Prozent beginnen ein solches Studienfach 2016, weit mehr als im OECD-Vergleich. Darin kommt die relativ starke Bedeutung, die die Industrie in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten z.B. in Europa und den USA spielt und die relativ gute Wirtschaftslage in den letzten 10 Jahren zum Ausdruck. Mehr als die Hälfte der MINT-Studierenden studieren technische oder ingenieurwissenschaftliche Fachrichtungen. Demgegenüber sind Sozialwissenschaften, Pädagogik sowie Sozial- und Gesundheitswesen in Deutschland unterrepräsentiert.

Auffällig ist, dass geschlechtsspezifische Diskriminierung bei der Wahl der Studienfächer, die es im Durchschnitt der OECD-Staaten gibt, in Deutschland besonders ausgeprägt ist, was sich insbesondere in einem sehr geringen Frauenanteil in den MINT-Fächern und einem sehr hohen im pädagogischen Bereich zeigt.

Die laut OECD geradezu explosionsartige Erweiterung der Bildungsbeteiligung im Tertiär-

bereich in den letzten Jahren ist neben den Anforderungen des Arbeitsmarkts – die Beschäftigungsaussichten für Hochschulabsolvent_innen haben sich trotz steigender Zahlen nicht verschlechtert – auf den höheren Stellenwert zurückzuführen, den Bildung in den Familien der meisten OECD Staaten gewonnen hat. Das ist rationales Verhalten:

„Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Bildung einerseits und persönlichem Einkommen, Beschäftigung, Wohlstand insgesamt und Wohlergehen andererseits, daher kann Bildung gesellschaftliche Ungleichheiten verringern. Allerdings kann Bildung auch Ungleichheiten perpetuieren, da der Bildungsstand oft über Generationen hinweg besteht.“ /89/

„Zwar werden nie alle einen Abschluss im Tertiärbereich erwerben, aber alle sollten zumindest die gleichen Möglichkeiten haben, den von ihnen angestrebten Bildungsstand zu erreichen. Absolventen des Tertiärbereichs haben oft Eltern mit einem hohen Bildungsstand. Aber wer Eltern mit einem niedrigeren Bildungsstand hat, sollte angemessene Unterstützung erhalten, um sein gesamtes Potenzial auszuschöpfen. Eine Ausbildung im Tertiärbereich ermöglicht die Aneignung transversaler Kompetenzen und gibt den Bildungsteilnehmern die entsprechenden Werkzeuge zur Anpassung an sich ändernde Anforderungen des Arbeitsmarkts an die Hand. Diese Vorteile sollten nicht einer privilegierten Minderheit vorbehalten sein./90/

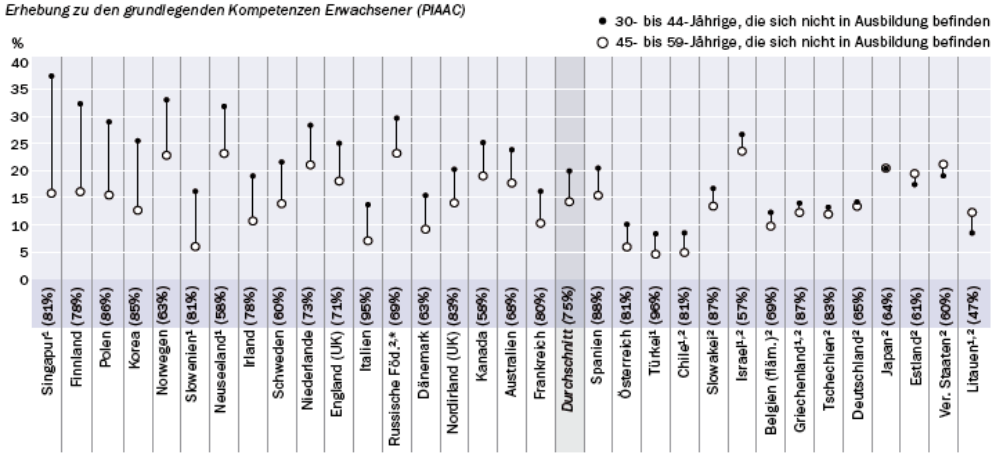
Damit spricht die Studie zwei Themen an, die gerade in Deutschland heiß diskutiert werden: Zum einen wird von der „Akademikerschwemme“ im deutschen Diskurs seit dem Anstieg der Studierendenzahlen in den letzten Jahren gesprochen, vor allem von konservativen Parteien, Philologenverbänden und Arbeitgebern – ungeachtet der Tatsache, dass nach wie vor die deutschen Studierendenzahlen weit hinter dem OECD-Durchschnitt zurückbleiben. Es wird darauf hingewiesen, dass „nicht alle studieren sollen“, es doch das System der dualen beruflichen Bildung gebe, das für viele der bessere Weg wäre. Selten sind diejenigen, die so argumentieren, bereit, ihre Kinder nicht auf Hochschulen zu schicken, vielmehr sollen die anderen den Universitäten fernbleiben. Trotz aller Qualität der dualen Ausbildung in Deutschland bleibt aber die Gleichwertigkeit dieser mit dem Hochschulstudium eine Illusion, was man an geringeren Einkommen, schlechteren Arbeitsbedingungen, geringerer Flexibilität und stärkerer Abhängigkeit vom konkreten Arbeitsplatz und damit höherer Arbeitsplatzunsicherheit ablesen kann.

Zum anderen ist das Hochschulstudium – ganz besonders in Deutschland – nach wie vor

Abbildung A4.2

Anteil 30- bis 44-Jähriger und 45- bis 59-Jähriger, bei denen kein Elternteil über einen Abschluss im Tertiärbereich verfügt und die einen Abschluss im Tertiärbereich A bzw. einem weiterführenden forschungsorientierten Studiengang erworben haben (2012 bzw. 2015)

Erhebung zu den grundlegenden Kompetenzen Erwachsener (PIAAC)



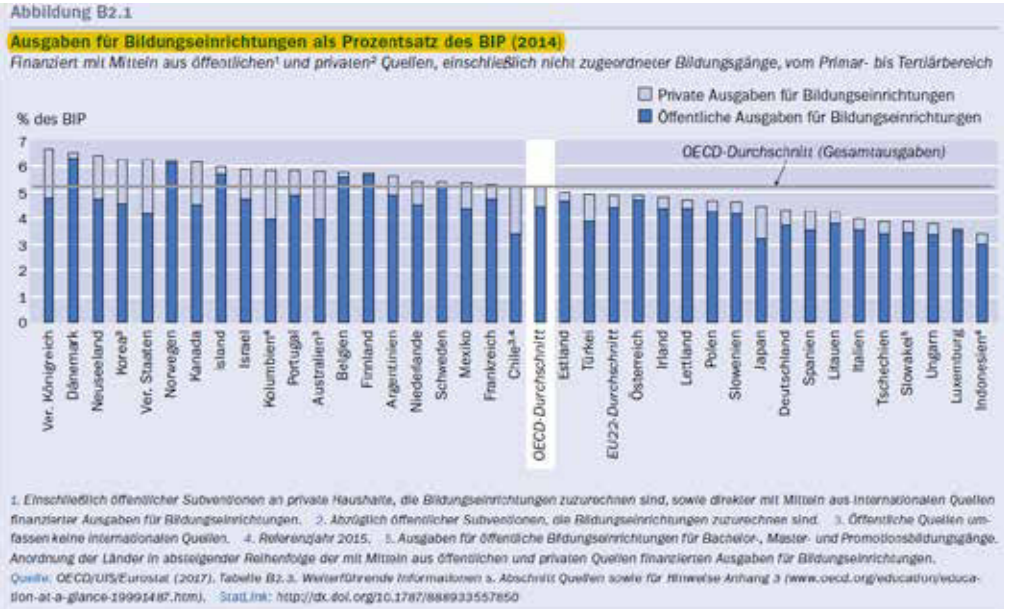
Anmerkung: Die Prozentangabe in runden Klammern bezieht sich auf den Anteil 30- bis 44-Jähriger, die sich nicht in Ausbildung befinden und bei denen kein Elternteil über einen Abschluss im Tertiärbereich verfügt. Die Daten zum Bildungsstand basieren auf ISCED-97.

1. Referenzjahr 2015; alle anderen Länder und subnationalen Einheiten: Referenzjahr 2012. 2. Der Unterschied zwischen den beiden Altersgruppen ist mit 5 Prozent statistisch nicht signifikant.

** Hinweis zu den Daten für die Russische Föderation s. Abschnitt Quellen.*

Anordnung der Länder und subnationalen Einheiten in absteigender Reihenfolge des Unterschieds zwischen den beiden Altersgruppen.

Quelle: OECD (2017). Tabelle A4.1. Weiterführende Informationen s. Abschnitt Quellen und für Hinweise Anhang 3 (www.oecd.org/education/education-at-a-glance-19991487.htm). StatLink: http://dx.doi.org/10.1787/888933557166



eine fast exklusive Veranstaltung für Akademikerkinder. 14 Prozent der Erwachsenen zwischen 30 und 44 Jahren, bei denen kein Elternteil einen Hochschulabschluss hat, verfügen in Deutschland über einen Hochschulabschluss. Dieser Wert liegt bei den 45-59 Jährigen nur geringfügig niedriger, nämlich bei 13 Prozent, was ausdrückt, dass die soziale Schieflage beim Hochschulzugang sich nicht verbessert hat. Demgegenüber liegt die Quote der Hochschulabsolvent_innen, bei denen mindestens ein Elternteil Akademiker_innen ist, bei 40 Prozent. Die Abb. A 4.2. zeigt, dass zwar in fast allen OECD Staaten Akademikerkinder viel häufiger studieren, dass die Nichtakademikerkinder aber aufholen. Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, in denen das nicht der Fall ist.

Nach wie vor entscheidet die soziale Herkunft in Deutschland mehr als anderswo, wer ein Hochschulstudium absolviert.

Die höhere Bildungsbeteiligung in den Staaten der OECD zeigt sich auch bei den Abschlüssen unterhalb der Hochschulen. Während im Jahr 2000 noch 35 Prozent der Erwachsenen zwischen 25 und 64 Jahren eine Ausbildung unterhalb des Sekundarbereichs II (das entspricht in Deutschland Abschlüssen unterhalb der gymnasialen Oberstufe oder der berufsbildenden Schulen) hatte, sind das im Jahr 2016 nur noch 22 Prozent. Bei den Jüngeren (24-35 Jahre) sind das im Durchschnitt nur noch 16 Prozent, in Deutschland 13 Prozent. Die besondere Stärke des deutschen berufsbildenden Systems liegt darin, dass fast die Hälfte der 24-35 Jährigen einen berufsbildenden Abschluss hat. Nimmt man die Studierenden hinzu, haben vier von fünf jungen Menschen in Deutschland einen Hochschul- oder berufsbildenden Abschluss.

Die im internationalen Vergleich geringe Quote der jungen Menschen (13 Prozent), die mit einem Abschluss unterhalb der SEK II die Schulen verlassen und die hohe Quote der beruflichen Abschlüsse führen in Deutschland dazu, dass Jugendarbeitslosigkeit und die Quote der unter 24 Jährigen, die weder in Ausbildung noch beschäftigt sind (NEED: not in employment, education or training), geringer ist als im OECD Durchschnitt. In Deutschland ist dieser Anteil von überdurchschnittlichen 18 Prozent in 2005 auf 10 Prozent 2016 zurückgegangen (OECD-Durchschnitt 15 Prozent).[2]

Die vergleichsweise gute Situation in Deutschland ist nicht nur auf das System der beruflichen Bildung zurückzuführen, sondern hat auch demografische und konjunkturelle Gründe.

Besorgniserregend ist die Situation für diejenigen Jugendlichen in Deutschland, die noch immer ohne oder mit geringen Schulabschlüssen unter SEK II die Schulen verlassen (13 Prozent).

Die Abkoppelung dieser Gruppe scheint auch in konjunkturell und demografisch günstigen Zeiten nicht weiter gestoppt zu wer-

[2] Die Zahl der NEED- Jugendlichen weicht von der Zahl der Jugendarbeitslosigkeit aus verschiedenen Gründen ab. Sie ist einerseits höher, weil ein Teil der vor allem weiblichen Jugendlichen, die nicht in Ausbildung sind, ihre Bemühungen, einen Arbeitsplatz zu finden, eingestellt haben. Andererseits ist die Quote meist geringer, weil die Jugendarbeitslosigkeit die Arbeitslosenzahl mit den Erwerbspersonen im entsprechenden Alter vergleicht.

den, wenn man berücksichtigt, dass Deutschland zu den ganz wenigen Ländern gehört, bei denen die Bildungsbeteiligung der 18 Jährigen rückgängig ist. *„Während in den meisten Ländern mit verfügbaren Daten die Bildungsbeteiligung der 18-Jährigen seit 2010 gestiegen ist, gab es in einigen Ländern auch einen Rückgang: um 8 Prozentpunkte in Ungarn, 5 Prozentpunkte in Litauen, 4 Prozentpunkte in Deutschland, 3 Prozentpunkte in Lettland und 2 Prozentpunkte in Brasilien.“/310/*

Nach wie vor bleiben die Bildungsausgaben als Anteil am BIP in Deutschland deutlich unter dem OECD – und dem EU-Durchschnitt. 4,3 Prozent des BIP werden in Deutschland für Bildung ausgegeben – der OECD-Durchschnitt liegt bei 5,2 Prozent. Deutschland müsste 30 Mrd. Euro mehr pro Jahr ausgeben, um an diesen Durchschnitt zu kommen. Verglichen mit den skandinavischen Staaten, aber auch Großbritannien, Kanada und den USA, die 6 Prozent und mehr für Bildung ausgeben, ist Deutschland weit abgeschlagen. Das betrifft auch die öffentlichen Bildungsausgaben, die in den letzten Jahren auf 9,4 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben gesunken sind, womit sie deutlich niedriger sind als im OECD- Durchschnitt (11,3 Prozent).

Auch ein Blick auf die Bildungsinvestitionen zeigt, dass die Wahrnehmung von maroden Schulgebäuden in Deutschland bestätigt wird; Deutschland liegt mit seinem öffentlichen Investitionsanteil an den Bildungsausgaben weit unter dem OECD-Durchschnitt.

Geringe öffentliche Bildungsausgaben gehen einher mit einer Schieflage nach Bildungsbereichen: nach wie vor wird in Deutschland zu wenig in frühkindliche und Grundschulbildung investiert – hier liegt das „reiche“ Deutschland sogar in absoluten Ausgaben pro Kind unter dem Durchschnitt der OECD, in dem Daten aus Ländern wie Südafrika, Mexiko und Indonesien mit enthalten sind.

Die „Bildungsrepublik Deutschland“ ist eher ein PR-Gag als Wirklichkeit. Trotz eines Aufholprozesses in wichtigen Bereichen wie frühkindliche Bildung und Hochschulzugang spielt Deutschland nach wie vor keine Führungsrolle, was öffentliche Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung und vor allem soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen angeht.

KLAUS BULLAN

HAMBURG

Im Kleinen wie im Großen

Bildungsbericht 2017 erschienen

Nach den Bildungsberichten von 2009, 2011 und 2014 ist nun der vierte Hamburger Bildungsbericht erschienen. Er stellt ausgewählte statistische Kennzahlen zur frühkindlichen und schulischen Bildung bis zum Übergang in die berufliche Bildung dar. U.a. verweist der Bericht darauf, dass Kinder mit Fluchthintergrund und aus sozial benachteiligten Stadtteilen weiterhin erheblichen Förderbedarf haben.

Hamburg zeichnet sich durch große soziale Unterschiede in den verschiedenen Regionen und Stadtteilen aus. Sozial schwache Stadtteile sind durch eine Häufung von Problemlagen geprägt. Damit einher gehen unterschiedliche Chancen auf Bildungsteilhabe, die einen großen Einfluss auf die weitere Lebensgestaltung haben. Nach wie vor sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit Blick auf ihre Bildungschancen benachteiligt. Dies zeigt sich bereits beim frühen Spracherwerb. So zeigen 60 Prozent der Kinder, die zuhause ausschließlich eine andere Sprache als Deutsch sprechen, beim Vorstellungsverfahren Viereinhalbjähriger einen ausgeprägten Sprachförderbedarf. Bei Kindern, die zuhause nur Deutsch sprechen, sind es lediglich 2,4 Prozent.

In Hamburg gibt es trotz aller Bemühungen um die Erhöhung der Chancengleichheit eine stabile Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die von Bildungsarmut bedroht sind. Jeweils etwa ein Fünftel aller Kinder verfehlt am Ende der Grundschulzeit die Mindeststandards in Lesen und Mathematik. Insbesondere zeigt sich in einigen Stadtteilen und an einigen Schulen eine Häufung von Problemlagen, die dazu führt, dass Kinder bis zum Ende ihrer Grundschulzeit Rechnen, Lesen und Schreiben nicht ausreichend sicher beherrschen.

Der Hamburger Bildungsbericht 2017 kann über den Buchhandel bezogen werden und steht unter www.hamburg.de/bsb/hamburger-bildungsbericht als Download zur Verfügung.

FREDRIK DEHNERDT